

Saale-Zeitung.

Zweiländersgitter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile ober dem Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet...

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr.

Nr. 141.

Halle a. S., Dienstag, den 24. März

1908.

Justizpartikularismus.

Bei der Beratung des Etats des Reichsjustizamtes hat der Abgeordnete Dr. Heinze-Dresden in seiner viel-

Dennoch sollte man einen solchen Austausch einführen, der durchaus im Interesse der Rechtspflege läge, die durch ihn nur gewinnen könnte.

Dieses Austauschverfahren ist auch um so leichter zu bewerkstelligen, als die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind.

zu besetzen, wie sie dem Richteramt in den einzelnen Bundesstaaten, z. B. in dem Erfordernis eines bestimmten Lebensalters, noch gezogen waren.

So ist es, wie wir in der jüngst erschienenen Uebersicht der Jahresberichte der Vorstände der deutschen Anwaltskammern für das Jahr 1906/07 lesen, erst neulich wieder einem G. E. Schwerin seine Staatsprüfungen bestanden und nun seine Zulassung bei dem preussischen Landgericht in E. I. n. g. zur Rechtsanwaltschaft beantragt hatte.

Genau so liegen die Dinge in Großherzogtum Hessen; denn tritt z. B. die Anwaltskammer in Darmstadt seit jeher für die Zulassung preussischer Advokaten oder Rechtsanwältinnen in Hessen ein, doch scheitert diese Zulassung stets, weil Preußen sich weigert, die für die hessische Staatsregierung natürlich unerlässliche Vorbedingung zu erfüllen, daß auch hessische Juristen nach Preußen übernommen werden.

Preußen ist also wie überall so auch hier der Hemmschuh! — Ein solcher Justizpartikularismus ist

aber lehnt sich zu beklagen. Man schwärmt heutzutage doch sonst für den „Austausch“. Sind doch Professoren, Denkmäler ujm. aus fernsten Ländern gar wohlfeil Austauschobjekte! — Aber im eigenen Lande, da wacht man peinlich darüber, daß kein Richterpreuße die geeinigten schwarz-weißen Grenzspalte überbreite! Denn, so bedauert man, es könnte ihm ja die Kenntnis preussischer Landesgesetze abgehen! Wir denken da z. B. an unsere herrlichen preussischen Gemeindeordnungen von 1810 und 1854 oder an unser hoffentlich bald erlangtes schönes Vereins- und Versammlungsrecht von 1851 oder an einige andere, zwar längst absolute gewordene Verordnungen des Kabinettsordres, wie z. B. an die Oberkonfessionarordnung von 1875 oder die — noch immer geltende! — Kabinettsorder über die Bestrafung des Kontubernals, nach der eigentlich jedes „Verhältniß“ verboten und bestraft werden kann! — Daß ein Richterpreuße sich solcherlei Kenntnisse schließlich erwerben könne, wird nicht vermutet, in der — richtigen — Annahme, daß man für derlei Dinge nur in Preußen Verständnis haben könne!

Wie stolz begrüßte man den 1. Januar 1900 als den Tag, an dem man zu dem Worte: „Ein Volk! Ein Reich! Ein Heer!“ nun auch singen könnte: „Ein Recht!“ Heute aber sorgt man dafür, daß an der Erfüllung dieses einen Rechtes in den einzelnen Teilen des Reiches als Richter oder Rechtsanwältinnen nur die teilnehmen können, die Geburt oder Zufall gerade in diesen oder jenen Teil des Reiches geführt hat! — Darin aber liegt, was die Rechtsanwaltschaft anlangt, zum mindesten eine Verletzung des in den lebendigen Jahren schwer erkämpften Grundsatzes der freien Advokatur! — Fort mit diesem schädlichen und ganz unmotivierten Partikularismus und „mehr Freizügigkeit“ auch für Juristen! — Und was hier von den Juristen gesagt ist, gilt natürlich auch für die anderen Beamtenkategorien.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der König von Sachsen besuchte gestern die kaiserliche Gruft in Sigmaringen, wo kaiserlich ruht. Mittags reiste der König nach München ab.

Der Journalistenkonflikt im Reichstage.

Auch gestern sind die Bemühungen, den Journalistenkonflikt im Reichstage durch Verhandlungen mit dem Präsidium aus der Welt zu schaffen, gescheitert.

Genelleton.

Kronprinz Rudolf von Oesterreich über Korfu.

In wenigen Tagen tritt der Kaiser seine Reise nach dem Süden an, um auf Korfu längere Zeit zu verweilen.

Die Gebirge Albanien bieten dem Reisenden einen eigenen Reiz; von Schiff aus übersteht man die schichtförmig sich erhebenden Bergmassen, genießt Einblicke in herrliche Felsenklüfte und bewundert die feil in das Meer abfallenden Klippen.

Auf mich wirken alle Hochgebirge des Südens viel bezaubernder, als die Alpen Zentral-Europas, da die Formen, die warmen Beleuchtungen und die Kontraste zwischen Schnee, tiefblauem Firmament und südlicher Vegetation weitaus interessanter sind, als das Einzelere der Nischenwälder unter mattblauen, beleuchtungslosen Himmel.

einem raufflüchtigen Bergvolke bewohnte Albanien; rechts das blühende Korfu, von geschmeidigen, handel treibenden Griechen in einen üppigen Garten verwandelt.

So ist die Insel erblich, verfallt sie in eine Homerstimmung, welche andauert, solange das Schiff zwischen den jónischen Inseln dahinfährt. In den Tagen der Jugend, die Daphne studierend, machte ich mir dieselbe Vorstellung der jónischen Inseln, wie sie dann durch die Wirklichkeit bestätigt wurde.

Das sonst so ruhige Korfu bot einen kriegerischen Anblick. Auf der Stadt gegenüberliegenden Insel Bido war ein Barackenlager errichtet und das kleine Eiland schon ganz bedeckt von blau gefärbten Soldaten, deren einige Aufteilungen nach der Scheibe schossen.

Wir benutzten die Nachmittagsstunden, um mit der Dampfbarke eine Ausfahrt zu unternehmen. Nahe der Stadt kamen wir vorbei; die alten, dicht aufeinander gereihten Gebäude der felsförmig errichteten Stadt, mit ihren blendend weißen Mauern, grünen Fenstern und flachen Dächern erinnern sehr an Italien, doch haften an dem Ganzen auch ein spezifisch griechischer Charakter, der noch erhöht wird durch die runden Kuppeln der orthodoxen Kirchen.

reizend gelegene Königs-Landhaus Rondifonisi und die Stadt Kastades, darunter an der Küste zwischen wilden Klippen die Trümmer des alten Vesuliano-Tempels.

Da machte sich Poseidon, Schlag es mit fester Hand, und Siegel plötzlich versteinert. Würgelt es fest am Boden des Meeres, Drauf geht es von dannen!

Diese Strophen drängen sich der Erinnerung auf, und verlegt in die qualvollen Gymnasialstudien, teils in die Zauberei der alten Griechen, steigt man an der Siegel der Insel empor.

Der Schmuß, der dieses Eiland bedeckt, ist nichts weniger als poetisch. Zwei Klippen in zerfetzten blauen Kleibern, bloßfüßig, mit langen Loden, krüppeligem Bart bekränzt den Fremdling. Die Kirche trägt den edel orthodonen Tappus, durch eine reich vergoldete Scheidewand in zwei Teile getrennt, an den Mauern viele schwarzgeheilte Bilder und glänzende Gegenstände sowie griechische Inschriften. Auf der Terrasse vor dem Gotteshaus erheben sich blühende Obstbäume das Auge des wintermüden Nordländers. Der Blick von dieser Insel gegen Korfu und das Meer ist reizend, ein wahrer Witz für schwärmerische Einflieger. Die armen Wölkchen tragen aber nicht den Stempel der in unendliche Gewalten verjüngten Klarheit auf ihren Gesichtern, sondern den Tappus der vollkommenen Verbindung durch die Monotonie ihres Lebens.

her seinen Erfolg gehabt. Wir erhalten folgenden Bericht: Die aus drei Herren bestehende Abordnung der Pressevertreter unterbreitete gestern dem Herrn Präsidenten des Reichstages, der zu dieser Verhandlung den konservativen Abgeordneten Rogalla v. Bieberstein zugezogen hatte, einen Bericht für die Erledigung der Angelegenheit, der dem Herrn Präsidenten und Herrn v. Bieberstein durchaus annehmbar erschien. Danach sollte der Abg. Gröber im Plenum des Reichstages folgende Erklärung abgeben:

„In der Erzeugung über ein Lachen, welches a. u. d. von der Journalistentribüne ausging und das von mir als eine Kritik aufgefaßt, inwieweit dem Präsidenten gerügt worden ist, habe ich über Vertreter der Presse auf der Journalistentribüne eine heftigste Verurteilung getan, die ohne mein Zutun an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich nehme keinen Anstand, diese Verurteilung unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.“

Hierauf sollte der Präsident folgendes erklären: „Im Zusammenhang mit dieser Erklärung des Abg. Gröber habe ich dem Hause von folgender Zufriedenheit zu geben:

„Herr Präsident! Aus der inneren Anteilnahme der Tribünen an den Vorgängen in den Sitzungen des Reichstages haben sich von jeher gelegentlich Störungen ergeben, indem von den Tribünen aus in Ungehörigkeit oder Verstoß gegen die Beschlüsse des Hauses von einzelnen Mitgliedern wurde. Der Herr Präsident hat bezügliche Vorwürfe von Fall zu Fall gerügt. Soweit solche Störungen von der Journalistentribüne ausgegangen sind, haben sie niemals den Charakter oder die Absicht einer Demonstration gegen den Reichstag, einzelne Parteien oder Personen gehabt, sondern es sind, wie auch in den Sitzungen vom 16. und 19. d. Ms., impulsiv, unvorhergesehen, die sich aus der Arbeit der Berichterstatter erklären. Die auf der Tribüne tätigen Journalisten halten selbstverständlich solche Störungen für unzulässig und sind immer bemüht, sie nach Möglichkeit fernzuhalten.“

Die Journalisten des Reichstages. Die Abordnung erklärte dem Herrn Präsidenten, daß sie allerdings die Genehmigung zu einem solchen Auszug der Sache von der Verammlung der Pressevertreter einholen müsse, aber keinen Zweifel habe, daß diese die Genehmigung erteilen werde. Tatsächlich gab die Verammlung gestern mit allen gegen eine Stimme ihr Einverständnis.

Inwieweit hat sich aber die Sachlage dadurch geändert, daß der Abg. Gröber diesen Bericht a. l. i. m. i. n. e. a. g. e. l. e. h. t. und dem Präsidenten den Text einer Erklärung vorgelegt hat, die er beabsichtigt zur Geschäftsordnung zum Wort gefaßt, dem Reichstage vorzutragen. Diese Erklärung soll aber von den Vertretern der Presse deshalb abgelehnt werden, weil der Abg. Gröber darin zwar hinter den v. r. s. i. c. h. e. n. u. s. d. u. a. zurücknimmt und zwar lediglich den Reichstag um Entschuldigung bittet, rone aber auf Grund unwahrer, in den statistischen Bericht hineingetragener Behauptungen eine Darstellung gibt, die sich mit den Tatsachen nicht deckt und nachträglich noch in den bisherigen Verhandlungen nicht erhobene Beschuldigungen gegen einzelne Tribünenjournalisten auspricht und dadurch die Lage verärgert.

Es wurde weiter festgestellt, daß nur ein einziges deutsches Blatt, das nicht zum Zentrum gehört, die Solidarität nicht innegehalten hat.

Wer war der Lächer?

Herr Nietbrod, Geschäftsreisender aus Barmen, sendet der „Medien. Ztg.“ eine Zufahrt, in der er mit Bezug auf die Vorgeschieße zu Gröbers Bemerkung und zum Journalistenfreit im Reichstag folgendes behauptet: Er habe an der kritischen Sitzung am vorigen Donnerstag auf der Tribüne B teilgenommen und den Inhalt des Berichtes der ersten Reihe innegehabt. Neben ihm saßen zwei junge Leute, die gleich anfangs, als Staatsretaräur Dornburg der Rede des Abgeordneten Erzberger besondere Aufmerksamkeit schenkte, hätten die beiden Herren hierüber allerlei Bemerkungen gemacht. A., der dadurch beim Zuhören geirrt wurde, habe die beiden noch vernahmt. Als dann der Abgeordnete Erzberger die Worte von der unerbittlichen Seele der Regierung sagte, hätten diese beiden jungen Leute ganz besonders laut auf. Herr A. meint, daß es dies Laufen gewesen sein müße, das den Abgeordneten Gröber zu seinem belästigenden Ausruß veranlaßt habe. Von der Journalistentribüne, der er nahe saß, habe er kein lautes Lachen vernommen.

In Anknüpfung an die Mitteilung eines Blattes, daß Herr Müller-Meinungen Herrn Gröber auf die Journalisten als unbedenkliche Sider der Verammlung aufmerksam gemacht, dann Herrn Gröber bei den Journalisten verlastet und schließlich den Journalisten, der gelangt hatte, vor dem Hause bloßgestellt habe, schreibt Herr Abgeordneter Müller-Meinungen folgendes:

„Ich saß auf meinem Platze, der ziemlich entfernt ist von demjenigen des Herrn Gröber und hörte die laut gerufene Bemerkung deutlich. An den Worten dieser Herren gewöhnt, legte ich ihr keine weitere Bedeutung bei. Bald nach diesem Zwischenfalle kam ein Herr der Presse zu mir, der mich bat, da es sich doch nur um die Ungehörigkeit eines einzelnen handelte, die allgemeine Beleidigung der Journalistentribüne zurückzunehmen. Der Herr kannte also bereits den Wortlaut der Gröberschen Bemerkung. Daß sich der Herr an mich wandte, war natürlich, erstens, da ich der nächste Redner nach Erzberger war, zweitens, da ich seit zehn Jahren stets für die Interessen der Presse — wie ich glaube, mit Recht sagen zu können — energig eingetreten bin. Genau in diesem Sinne behandelte ich die Sache am Beginne meiner Rede; ich wunderte mich daher, daß der Abgeordnete Eichhorn unter Verzerrung der Gesamtendung meiner Bemerkung, gegen die allgemeine Pressegehe zu protestieren, mich vorwarf, „ich hätte die Presse gerüffelt“. Der Wortlaut des Stenogramms meiner Rede wird das Gegenteil beweisen. Ich hege die größten Sympathien mit der gerade in der letzten Zeit Großes leistenden Parlamentspresse und lasse mich nicht in ein animoses Verhältnis zu ihr hineinziehen. Und nun lese man die Darstellung der „Germania“! Danach ist ich an allem schuld, denn ich hätte die Sache brüßmarch auf der Journalistentribüne mitgeteilt und mit dieser „Denunziation“ natürlicherweise auf der Tribüne große Erregung hervorgerufen. Der unschuldige Herr Gröber! Die ganze Darstellung ist von A. bis Z. erlogen; erste öffentliche Pressearbeit! Ich habe die Tribüne nicht betreten. Ich wiederhole, der Herr der Presse, der zu mir kam, war bereits von der Verurteilung unterrichtet und hat mich lediglich, gegen die allgemeine Beleidigung aufzutreten!“

Unbilliges Wahlergebnis der Emdener Wahl.

Bei der am 19. März im ersten hannoverschen Wahlkreis veranfaßten Reichstagswahl wurden, wie jetzt amtlich festgestellt wird, 22 260 Stimmen abgegeben. Es erzielte Domänenpächter Fester (frei. Vgg.) 8 422, Rechtsanwalt Grootenboch (heutj. Vgg.) 6 946, Oberbürgermeister Führinger (natl.) 4 551, Stadtbürgermeister Fug (Soz.) 2 016 Stimmen. Zerplittert sind 4 Stimmen.

Zum 30. Schlichter.

Eine Eingabe von 32 katholischen Priestern Bayerns an die Kirchenbehörde protestiert, wie uns ein Privattelegramm aus München meldet, gegen die Fortsetzung des kirchlichen Denunziationsum im Kampfe gegen den Modernismus. — Professor Schlichter denkt übrigens, den „Veip. L.“ zufolge, nicht an seine Pensionierung.

Zur deutsch-französischen Verständigung.

In einer am Sonntag im Landehause der Provinz Brandenburg unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten des Reichstages, Herrn Geh. Rats Prof. Dr. Paasche, stattgehabten zahlreich besuchten Versammlung hervorragender Persönlichkeiten aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens wurde die definitive Konstituierung eines bereits in den Monaten Februar, Mai und Oktober v. J. in Aussicht genommenen deutsch-französischen Annäherungskomitees vollzogen. Es wird in den allgemeinen Interessen beider Nationen dienende Dienste angeht, die insbesondere nähere Beziehungen auf wissenschaftlichem, künstlerischem, kolonialem und sportlichem, wie überhaupt kulturellem Gebiete herbeiführen soll. Zu diesem Zwecke ist der Austausch von Vorträgen hervorragender Parlamentarier, Kolonialmänner, Gelehrter, Künstler und Techniker usw. in Deutschland und Frankreich in Aussicht genommen. Auch sollen Zusammenkünfte und Studienreisen von Parlamentariern, Journalisten, gelehrten Körperlichkeiten usw. nach Frankreich und Deutschland arrangiert resp. unterstützt werden, um so die führenden Kräfte beider Nationen einander näher zu bringen. Dem Komitee gehören u. a. an: der Präsident des Herrenhauses Erz. Freiherr von Manteuffel, der erste Vizepräsident des Reichstages Geh. Rat Prof. Dr. Paasche, das Mitglied des Herrenhauses, Schloßhauptmann Graf von Suttner-Caposti, der Staatsminister für kirchliche Angelegenheiten Dr. Sontag, der General der Infanterie Erzengel von Fetter, General Erzengel von Dindlage-Campe, der Präsident der Berliner Handelskammer Geh. Kommerzienrat Wih. Herz, der Präsident der königlichen Akademie der Künste Prof. Arthur Kampf, Generalmajor von Loebell, die Mitglieder des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten, Generalleutnant Erz. von Schubert und Geh. Justizrat Albert Träger, Generaldirektor Dr. Wegand vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, das Mitglied des Reichstages Dr. Neumann-Hofer, die Direktoren der Deutschen Bank, Generalkonsul Rudolph Koch und Direktor Stielmantel, der Direktor der Preussischen Handelsbank Kommerzienrat Dannenbaum, Johannes Graf von Francken-Sierstorff, Kommerzienrat Landrat von Röell, der erste Vorsitzende des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Geh. Kommerzienrat Emil Jacob, Geh. Kommerzienrat Zingner-Dresden, Siegfried Kara-Berlin, Chefredakteur Aug. Stein-Berlin, Geh. Rath Prof. Dr. Wolph Bergmann, Prof. Dr. Boos, Generalkonsul Kommerzienrat Max Reom, Kommerzienrat Goldschmidt-Berlin, Fritz Simon u. a.

Die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses

hat den Beschluß angeregt, die Staatsregierung möge die laut Gesetz vom 12. Juli 1900 um ihr zur Befriedigung des Zwischenerkredits zwecks Förderung der inneren Kolonisation bewilligten Mittel anweisen, welche die Mittel des Reichstages Zwischenerkredits freigegeben allerdings zurzeit im wesentlichen fest. Der „Wolff. Ztg.“ zufolge schweben an zukünftiger Stelle bereits Ermäugungen, wie sie sich daraus ergebenden Befehlen abzuheben sein würde; in Frage käme vielleicht eine Ausgabe vierprozentiger Rentenbriefe.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Veränderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches vom 7. März 1906, ferner die Bekanntmachung betreffend die Vorlesungsstellen für Auslandsfächer vom 19. März 1906 und die Bekanntmachung betreffend die Abrechnungsstelle im Scheidewerke vom 19. März 1906.

See und Flotte.

— Kaiserliche Marine, „Seeadler“ und „Ranther“ sind am 23. März von Swatopmund nach Kapstadt in See gegangen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

59. Sitzung vom 23. März.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Herte wird in dritter Beratung angenommen. — Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Effen wird in erster und zweiter Beratung erledigt. — Es folgt die dritte Beratung des

Quellenschutzgesetzes.

Abg. Aulensch (nl.) äußert Bedenken gegen die Fassung der Beschlüsse zweiter Lesung, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unerschrocken.

Minister Dr. Debrild: Trotz der wesentlichen Änderungen an der Regierungsvorlage, die vom Hause vorgenommen sind, ist der gesetzliche Schutz der Quellen, wie ihn § 3 vorseht, doch wertvoller als Polizeiverordnungen. Ich bitte Sie daher erneut, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Jäger (Ztr.) empfiehlt einen Antrag, wonach bei Streitigkeiten über die Nichtgenehmigung von Arbeiten in einem Quellenschutzgebiet das Verwaltungsverfahren Platz greifen soll.

Minister Dr. Debrild äußert Bedenken gegen den Antrag und bittet um dessen Ablehnung.

Abg. Dr. Gerschel (Ztr. Sp.) erklärt, daß seine Freunde dem Antrage Eins zustimmen würden, dem Gesetze aber die Zustimmung verweigern müßten. Redner befürwortet einen Antrag, der den Kreis der erlaubnispflichtigen Arbeiten erweitern soll.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß grundrhythmische Bedenken gegen diesen Antrag nicht zu erheben seien.

Abg. Krause-Waldenburg (Ztr.) begründet den Antrag Gerschel für überflüssig.

Abg. Graf Spaa (Ztr.) spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.): Ich bedauere, daß meine ausführlichen Darlegungen über die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes bei der zweiten Lesung außerhaß meiner Traf-

tion keinen Anklang gefunden haben. (Wo ist denn Herr Dr. Gerschel? (Zurück rechts: Im Reichstage!) Wenn diese Vorlage mit aber frei nach Belieben im Reichstag nicht mehr wiederersuchen. Mit Rücksicht auf die im Gesetz liegende Verfassungsänderung beantrage ich eine nochmalige Abstimmung am 21. Tagen.

Die Vorlage wird in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Der Antrag Schmidt-Warburg auf nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Freikämmler abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Gebühren der Geborenen.

Nach der Vorlage soll die Befragung der berufsmäßigen Dienstleistungen der Geborenen nach einer vom Regierungsräuden festzusetzenden Gebührenordnung erfolgen. Die rechtsträftig festgesetzte Gebühr unterliegt der Beizahlung im Verwaltungsverfahren durch den Kreisaußschuß.

Kultusminister Dr. Hölle: Die Vorlage stellt den ersten Schritt für eine Reform des Geborenenwesens dar. Das Notwendigste ist die Befragung der Gebühren und deren Entziehung. Daneben besteht der Plan, im Verwaltungswege durch Verhandlungen mit den Kommunalverbänden eine den Verhältnissen in den einzelnen Verbänden sich anpassende Regelung des Geborenenwesens herbeizuführen.

Abg. Buchard (kon.) spricht sich namens seiner Freunde für den Entwurf aus.

Abg. Schmieding (Ztr.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung zu erlauben, dahin zu wirken, daß den Geborenen Gebühren und Auslagen, die wegen Mithilflichkeit der Wählerinnen nicht beigetrieben werden können, aus öffentlichen Mitteln ersetzt werden.

Abg. Heubweiser (nl.) erklärt namens seiner Freunde das Einverständnis mit dem Gesetzentwurf.

Abg. Lüdicke (frk.) empfiehlt einen Antrag, nach dem bei Befragung der Gebührenordnung der Kreisaußschuß bezug der Gemeindevorstand zu hören ist. Weiter verlangt der Antrag, daß die Entscheidung in Streitfällen, die nach der Vorlage der Regierungsräuden einseitig treffen soll, vom Kreisaußschuß getroffen wird.

Abg. Münterberg (Ztr. Vgg.) begrüßt die Vorlage als ersten Schritt zur Reform des Geborenenwesens, die dringend notwendig ist.

Minister Dr. Hölle: Aus den Ausführungen der sämtlichen Vorredner entnehme ich die erfreuliche Übereinstimmung darüber, daß eine Reform des Geborenenwesens notwendig ist. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß, wenn der eingeschlagene Weg nicht zum Ziele führen sollte, ein anderer Weg eingeschlagen werden wird. (Beifall.) Gegen den Antrag Lüdicke habe ich keine Bedenken.

Abg. Dr. Müller-Berlin (Ztr. Vp.): An einer guten Regelung des Geborenenwesens hat die Allgemeinheit großes Interesse, denn die Zukunft des Volkes hängt davon ab, daß die Kinder gesund zur Welt gebracht werden. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man die Tätigkeit der Geborenen gar nicht hoch genug anschätzen. Gegen den Antrag Schmieding habe ich einige Bedenken, ich möchte aber der Regierung empfehlen, die darin niedergelegten Gedanken in Erwägung zu ziehen. (Beifall links.)

Minister Dr. Hölle legt dar, daß die Bezirksgeborenen durch ihre Verträge gegen Ausfälle geschützt seien. Die Frage der Sicherung der freien Geborenen gegen Ausfälle werde ich gern erörtern.

Damit schließt die erste Beratung.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf mit dem Antrag Lüdicke angenommen.

Der Antrag Schmieding wird, da keine Kommissionsberatung beantragt und aus dem Antrage nicht ersichtlich ist, ob staatliche Mittel zur Verwertung kommen sollen, auf Vorlaß des Präsidenten v. Kröcher, durch die Debatte für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages Arenjohu u. Gen. betr. eine

Reform des Kreisaußschusses,

die der vermehrten Bedeutung der Stadt- und Landgemeinden und der Industrie und des Gewerbes mehr entspricht als der jetzige Aufbau.

Mit der Beratung dieses Antrages wird die erste und zweite Lesung eines Antrages v. Hochendorff-Röpin (kon.) verbunden, der die Kreisordnung der 6 städtischen Provinzen zu ändern will, daß durch königliche Verordnung durch Anhebung des Provinzialrats für einzelne Kreise bestimmt werden kann: Von dem nach § 80 der Kreisordnung für die Wahlberechtigung der größeren Grundbesitzer maßgebenden Mindestbetrage an Grund- und Gebäudesteuer muß mindestens die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen.

Abg. Götting (Ztr. Vp.) begründet den Antrag Arenjohu mit der auf der Statistik beruhenden Feststellung, daß sowohl vom Standpunkt der Bevölkerungserhöhung wie der Steuerleistung die Städte bei den Kreisaußschüssen dem platten Lande gegenüber über stark im Nachteil seien. Ein gerechtes Kreisaußschußgesetz ist schon deshalb nötig, um das Vertrauen der Bevölkerung zu den Kreisräten — dieser Grundlage der ganzen Provinzialverwaltung, aus der die Kreisaußschüsse, Kreisratsschüsse, Provinziallandtage usw. hervorgehen — zu heben. Der Redner trat weiter für eine Herabsetzung der Besatzstärke ein, die den Städten das Recht zum Ausschreiben aus dem Kreisverband gibt, und beantragt schließlich Verweisung der Anträge Arenjohu und Hochendorff an die Gemeindefunktion.

Abg. v. Hochendorff-Röpin (kon.) begründet seinen Antrag. Das Vertrauen gegenüber den Kreisräten, von dem der Vorredner gesprochen, existiere in Wirklichkeit nicht.

Abg. Schulze-Weikum hält die heutige Zusammensetzung der Kreisräte für angemessen. Man solle nicht immer einen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Groß- und Kleingrundbesitz konstruieren. (Beifall rechts.)

Abg. Dippe hofft, daß beide Anträge in der Kommission eine Fassung erhalten, die seinen Freunden die Zustimmung ermöglicht.

Abg. Dr. Jäger (Ztr.) schließt sich dem an.

Abg. Ztr. v. Götting (frk.) meint, daß die Städteordnung den Städten in Preußen bilde. Ebenso wichtig sei aber auch die Kreisordnung, die wohl die glückliche Verbindung der neueren Gesetzgebung lie. Das schließt nicht aus, daß die Entwidlung einige Schönheitsfehler gestattet habe, deren Befichtigung man sich angelegen sein lasse. (Beifall.)

Beide Anträge gehen an die Gemeindefunktion. Das Haus verlegt sich auf Dienstag 11 Uhr: Eisenbahnangelegenheit.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Neue Herausforderungen Frankreichs. Aus Tanager wird der „Kön. Ztg.“ telegraphiert: Berichte aus der südl. Provinz Sues melden, daß dort französische Kriegsschiffe mit Depeschen von Abdul Mis an die dortigen Stämme erschienen seien. Der Verwaltung des Land gefandenen Botes wurde bedeutet, daß die Kadetten auf diesem Wege keine schriftlichen Befehle entgegennehmen

Warten und eine Landung in Sus überhaupt verboten sei. Gegen weitere Landungsversuche wurden Beritte nach jedem Hafen gesandt.

Die Rahe übers Grab hinaus.

Der Onkel des Markgrafen Lannes, der Herzog von Montebello, richtet, dem „B. T.“ zufolge in der „Aurore“ an Clemenceau einen offenen Brief, in dem er das Recht verlangt, die Rahe seines Großvaters aus dem Pantheon entfernen zu dürfen. Die sterblichen Reste des Siegers von Epling könnten nicht neben denen Cailles Jolis zu ruhen, der die Armees beschimpft habe.

Der neue Gendarmen-Kommandant Mazdoniens.

General Robillot ist den Mächten, der Forts und den hiesigen Postkassen von Seiten Italiens als Kandidat für den durch den Tod des Generals di Giorgis erledigten Posten des Gendarmenkommandanten von Mazdoniens nominiert worden.

Halle und Umgegend.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandsstisch die Herren Fuhrstätt, Föhrling, Saameier, Gygas und Stadtrat Greiler. Wieder vorgelegt wird die Petition der A. S. Zoologischen Garten um Subvention. Die Sache wird auf einige Wochen zurückgeschoben, da der Magistrat eine Vorlage vorbereitet. Eine Petition des Herrn Gartenbauingenieurs Krüger wird dem Bauausschuß überreicht. Eine Reihe entlassener Arbeiter des Kupferwerks bitten um Wiedereinstellung. Die Leute machen geltend, daß sie zwar alt geworden seien, 56, 60 und 62 Jahre, aber sie hätten ihre Schuldigkeit immer im vollen Maße getan, und das gleiche geleistet wie die jüngeren Kräfte. Herr Stv. Borge empfiehlt die Petition dem Petitionsausschuß zu übermitteln. Die Mitteilungen, die unlängst Herr Stadtrat Dr. Fuhs über die Gründe der Entlassung gemacht habe, seien zum Teil bestimmt nicht zutreffend. Einige der Leute hätten keinesfalls, wie Herr Dr. Fuhs behauptet habe, ein Drittel ihrer Arbeitskraft verloren, eine hohe überaus noch in keiner Weise an ihrer Arbeitskraft Einbuße erlitten. Die Sache habe Eile, denn die Leute seien beschäftigungslos, und die Privatindustrie stelle Arbeiter in den Jahren nicht mehr ein.

Die Eingabe geht an den Petitionsausschuß. 1. Herr Stv. Rabe berichtigt über die Nachweisung der Verwaltungskosten der Sparkasse für 1907. Herr Stv. Döhler bringt dabei zur Sprache, daß die Sparkasse das jüngst verlegerte Jungschloß Mühlengrundstraße 10 hoch beliehen hatte, daß 35 000 Mark ausfielen. Die Sparkasse habe jedoch keine Einbuße erlitten, da Herr Fuhrstätt Eise, der ein Versehen gemacht habe, die 35 000 Mk. erstattete; zu zwei Dritteln sei ihm der Schaden von seiner Notarversicherung gedeckt worden. Die Angelegenheit wird in die geschlossene Sitzung verfallen.

2. Die Firma Rehe u. Gumbig bittet, ihr die Weiterbenutzung der von der Dessauerstraße nach der Sandgrube in Möhlstraße führenden Wege zu gestatten. Die Verfallung beschränkt den Übergang zur Tagesordnung, da die Sache außerhalb ihrer Kompetenz liegt. (Vf. Herr Stv. Rabe.)

Punkt 3 und 4 betreffen Eingaben des Lokalausschusses des Allgemeinen deutschen Chorängerkörpers und der Mitglieder des Stadttheaterorchesters um Gewährung von Subventionen gegen im engagementslosen Sommer resp. einer Beihilfe aus städtischen Mitteln. Herr Stv. Faustler referiert. Er meint, die Stadt, die für ihr Theater schon eine gewaltige Summe ausbebe, könne nicht noch jene Subventionen gegen für Choränger zahlen, ca. 6500 Mark im Jahr. Herr Richards habe ein gutes Herz, er veranlaßt, z. B. Wohltätigkeitsvorstellungen und habe ja auch jüngst einen Orden für die humanitäre Tätigkeit erhalten. Er sei gewiß nicht so genau orientiert über die Dinge, sonst hätte er vielleicht schon aus eigenem Antrieb Beihilfe gefaßt und den Leuten Subventionen gegeben. Redner beantragt sowohl die Petition der Choränger wie die der Mitglieder der Stadttheater zum Ertrag zu übernehmen.

Herr Stadtrat Kraemer legt dar, daß die Stadt auf die Eingaben nicht eingehen könne. Denn die Leute hätten nicht mit der Stadt, sondern mit Herrn Direktor Richards Vertrag. Der Vertrag mit Herrn Richards gibt keine Mittel, auf die Verbesserung der Gagen hinzuwirken. Herr Richards muß 15 000 Mark im Monat Gage zahlen, aber wie er sie verteilt liegt außerhalb unserer Kontrolle. Wir wollen aber bei Formulierung eines neuen Vertrages darüber Bestimmungen treffen. Die Frage der Übernahme des Theaters in eigene Regie, die der Referent anspricht, müsse vorläufig ausbleiben.

Herr Stv. Osterburg nennt die Gagenverhältnisse überaus tauzig, aber die städtischen Behörden seien nicht ganz unschuldig an diesem Mißstand. Es ist aber bezeichnend, daß eine solche Petition die städtischen Behörden beschäftigen kann, wenn man bedenkt, daß der Unternehmer Richards 30 000 bis 60 000 Mark Reingewinn jährlich aus dem Theater, einem städtischen Unternehmen, zieht. Wenn ich die städtischen Behörden ansehe, würde ich mich schämen, im Theater mit von Säuglingen die Gagenliste zu schreiben zu lassen, die nicht mal satt zu essen haben. Redner beantragt, die Eingaben dem Magistrat zur Berücksichtigung zu übermitteln; er empfiehlt außerdem eine Resolution, bei der Neubesetzung des Theaters auf höhere Gagen im Einzelnen hinzuwirken.

Herr Vorleser Föhrling meint, die Anträge des Herrn Osterburg seien im letzten Grunde identisch mit dem, was der Magistrat und das Theaterausschuß wolle.

Herr Stv. Rabe führt aus, daß er, i. J. schon gemerkt habe, Herr Richards das Theater ohne Wettbewerb weiter zu verpacken, denn damals seien schon die vielen Klagen über traurige Besetzung der Künstler gekommen. Vielleicht werde Herr Richards jetzt gegenüber den berechtigten Beschwerden der armen Leute etwas weicherziger. Die Stadt habe doch das Recht, Herrn Richards Bürger einzusetzen und dann einen Appell an Herrn Richards zu richten, daß er seine Leute menschlichwidrig besetzt.

Die Besetzung beschränkt, die Eingabe dem Magistrat zur Erwägung zu übermitteln.

Die Entlassungsfeier der Fortbildungsschule und des Lehrlingsheims des Kaufmännischen Vereins (E. V.) ging am Sonntag abend im Börsensaal vor einer überaus zahlreich

Zuhörerschaft vor sich. Von den Angehörigen des Lehrlingsheims wurde eine Reihe passender Defamierungen vorgelesen, die ebenso wie die schönen zwei- und dreistimmigen Gesänge lebhaften Beifall fanden. Der Leiter der Fortbildungsschule, Herr Professor Rieger, richtete in seiner Ansprache goldene Worte an die in das Leben hinaustretenden jungen Kaufleute und ermahnte sie, auch draußen treu zu Gott, zu ihrem Beruf und zum Vaterlande zu halten. Bei der Bestellung von Bräutinnen aus der Hofmeisterprüfung wurden 36 Fortbildungsschüler wertvolle Bisherprämien für bestmögliche Leistungen überreicht. Den Schluß der in allen Teilen wohlbedingenen Feier bildete das Theaterstück „Die Gelehrten“, das viel Feiertagsernte und von den Angehörigen des Lehrlingsheims stiftet gegeben wurde.

Die Photographische Gesellschaft in Halle a. S. hat am Mittwoch abend 8 Uhr im oberen Saale des Reichshofes eine Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Herr Prof. Dr. Braunschwieg: Ueber getrennte Entwicklung. 3. Herr Verlagsbuchhändler K. Knapp: Vorführung des neuen Projektions- und Bezugsapparates. 4. Mitteilungen aus der Praxis. 5. Projektion. Gäste, auch Damen, sind willkommen.

Provinzial-Nachrichten.

Für 17 000 Mark Pelzwaren gestohlen.

Leipzig, 23. März. Gestern abend wurde in die Rauchwarenhandlung von Schmalz u. Weinert, Parstr. 7, eingebrochen und 474 Kerze und 40 Seeu und felle im Werte von 17 000 Mark gestohlen. Der Diebstahl ist aller Wahrscheinlichkeit nach von einer einzelnen Person begangen worden, die von dem benachbarten Hause, Parstr. 8, durch eine Dachluke eingedrungen ist. Der Dieb verdrängte sich zuerst im 3. Stock, wo sich die Lagerräume befinden, Eingang zu verschaffen, indem er die Türöffnung ausnutzte, was ihm aber nicht gelang, da die Tür mit Eisen beschlagen war. Mit Erfolg gelang es ihm aber darauf, eine Luke im 4. Stockwerk durchzubrechen. Dadurch gelangte er jedoch nur in ein leerstehendes Zimmer, und er hier, wie auch in dem danebenliegenden Raume nichts fand, so bohrte er eine Öffnung in den Fußboden und ließ sich an einem Seil, das er an einen quer über die Öffnung gelegten Sparrn befestigt hatte, in einen Lagerraum nieder. Von den hier liegenden Pelzen packte er eine Anzahl der wertvollsten in einen Spantrock ein, mit dem er dann in das Erdgeschoß hinabging und durch eine Luke sich einen Ausgang verschaffte. Durch Erbrechen einer Portolasse, die 10-12 Mk. enthielt, durch er sich mit Geld versehen. Nebenbei hatte er sich auch durch eine Flasche Porzellan, die er in einem Schrank gefunden, „Stärkung“ verschafft. Als Täter kommt ein Individuum in Frage, das gestern abend 7¼ Uhr mit einem großen Ballen beladen das Grundstück verließ und dabei vom Hausmann gesehen und verfolgt wurde. Dem Diebe war es jedoch schon gelungen, eine Droßkoff zu erreichen und so zu entkommen. In dem Zimmer, in dem der Hausmann die Nummer der Droßkoff merkte, und es ergaben die angestellten Nachforschungen, daß der Dieb nach dem Berliner Bahnhof gefahren war. Voraussichtlich ist er in der Richtung nach Halle geflüchtet.

Heinrichs, 23. März. (Für ein besseres Landtagswahlrecht.) Der Liberale Zentralverein sagte gestern in den „Kronenblättern“ dem Beschluß, vorläufig von festen Beschlüssen bezüglich der Landtagswahl abzusehen, aber gleichzeitig zu erklären, nur für solche Kandidaten einzutreten, die sich einer Verbesserung des Landtagswahlrechts nicht verschließen.

Köln, 23. März. (Die Stadtverordneten) genehmigten den Etat der Kämmerei für das Jahr 1908 in Einnahmen und Ausgaben mit 92 024,33 Mk. An Kommunalsteuern sollen 100 Prozent Zuschläge zu der Staatseinkommensteuer und 125 Prozent Zuschläge zu der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben werden.

Erfurt, 23. März. (Die Bahnhofsdirigenten) in Direktionsbezirke Erfurt. (Die dem Verbands deutscher Bahnhofsdirigenten angehörigen, hatten sich angefangen der allgemeinen steigenden Preise der verschiedensten Lebensbedürfnisse an die Eisenbahn-Direktion Erfurt mit der Bitte gewandt, doch eine Erhöhung der Bierpreise zu lassen, wobei auch auf die benachbarten Direktionsbezirke hingewiesen wurde. Der Petition ist stattgegeben worden, denn nach einer im Amtsstab erläuterten Bekanntmachung wird den Bahnhofsdirigenten gestattet, von 1. April d. J. ab die Bierpreise in der Weise festzusetzen, daß vom Lagerbier 0,2 Liter 10 Pfennig und 0,4 Liter 15 Pfennig, vom Lagerbier 0,2 Liter 15 Pfennig und 0,4 Liter 25 Pfennig seien.

Stahfurt, 23. März. (Neuer Generaldirektor.) In Stelle des zum 1. Juli wegen Krankheit auscheidenden Generaldirektors der Vereinigten chemischen Fabriken zu Leopoldsdorf Dr. Schneider wurde der Direktor Dr. Belt vom Kaiserwerk Hercynia zum Generaldirektor gewählt.

Wien, 23. März. (Die Hager Werke zu Kibeland und Jorze) legen ihre Gläubiger in Wienburg in der nächsten Zeit, spätestens am 1. Mai, still, weil die vorhandenen Aufträge in ihren übrigen vier Gläubigern zu Kibeland, Jorze und Sangerhausen ausgeführt werden können und durch diese Maßregel erhebliche Ersparnisse herbeigeführt werden.

Köln, 23. Mai. (Der rabiate Russe.) Schwer vergangen hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der bisherige Polizeikommissar S., der vor einigen Tagen das Schloßgeraden verlassen hatte und nun nach seiner Heimat (Rußland) zurückkehren wollte. Von einem sogenannten Lumpenband heimkehrend, jedenfalls auch angegriffen, kompelte er ohne jede Ursache mit dem Schlosser Otto R. von hier zusammen und trat diesen darauf gewarnt im Hinterland, daß der Mann einen Bruch davontrug und umgehend ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Noch in derselben Nacht mußte der Schwerverletzte auf Anordnung des Arztes mit dem Samariterwagen dem Kreiskrankenhaus zugeführt werden. Der Täter wurde freigesprochen und zunächst im Polizeigefängnis untergebracht, nach ihm sich dort aber höchst ruhig, indem er die Türe eintrat und toste, auch einen Schußmann, der ihn beruhigen wollte, über den Kopf hieb. Da S. fluchtverfähig ist, wurde er dem Herzoglichen Gerichtsgewächnis zugeführt.

Wald Lauterberg i. S., 23. März. (Wilmann-Denkmal.) Am 28. d. Mts. tritt in Berlin das Zentral-Komitee zur Errichtung eines Denkmals für unseren heimatischen Afrikanerhelden Hermann v. Wilmann hier in Lauterberg zusammen, um endgültige Beschlüsse über den Termin, wie über das Programm der Entlassungsfeier zu fassen. Bürgermeister v. Ernsthausen, der dem Zentral-Komitee als Stellvertreter der Vorsitzenden angehört, hatte deshalb auf gestern abend die Mitglieder des hiesigen Lokal-Komitees zu einer Vorbereidung zusammengelassen. Als

Tag für die Denkmals-Entlassungsfeier soll der 4. September (n. Wilmanns-Geurtstag) in Aussicht genommen und am Vorabend ein großer Festkommers veranstaltet werden. Eine Mitwirkung der vereinigten hiesigen Gesangsvereine an der Entlassungsfeier ist vorgesehen, ebenso ein Festessen. Abends soll Illumination des Wilmannparks, sowie Konzert dabeist stattfinden. Der Herzog-Regent Johann Albrecht von Braunschweig hat seine Teilnahme am Feste bereits bestimmt zugesagt. Außerdem erwartet man die Anwesenheit von den zahlreichen noch lebenden Freunden und Offizieren der Wilmann'schen Schütztruppe.

Gerichtsverhandlungen.

Hannover, 20. März. (Wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten) hat das Kriegsgericht der 19. Division in seiner heutigen Verhandlung den Wägen Wägenborst von der 5. Eskadron des königlichen-Regiments zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. M., der im dritten Jahre dient, war am 28. Februar von seinem Stabsoffizier, dem Gefreiten Brauch, nach einer Interoffiziersprobe zum Offiziersklub geführt worden. Bereits als ihm die Befähigung in Aussicht hand, hatte er darüber durch die Bemerkung „bämlicher Gefreiter“ quittiert. Als er schließlich nach benichtigtem Offiziersklub in den Mannschaften zurückgeführt und einem Kavalleristen dieses Jahrgangs bei der gleichen Befähigung traf, äußerte er, daß und hier, dem bämlichen Gefreiten und Kapitulanten, diese Arbeit zu verdanken habe. Der Gefreite verbat sich solche beleidigenden Äußerungen, worauf M. ihn zurück: „Wenn Du die Schmause nicht hältst, werke ich Dir das Auge ins Gesicht.“ In demselben Augenblicke war er aber auch schon dem Gefreiten das in einen Lappen gewickelte Pflögegen an den Kopf, wobei der Lappen auseinanderbrach und der eiserne Striegel dem Gefreiten in der Höhe des rechten Auges eine mächtige Wunde verriechte. Als hierauf der Gefreite jagte, und M. jetzt Wägenborst melden, erwiderte dieser: „Das kannst Du tun. Du kannst deshalb doch noch weiche in die Schmause bekommen.“ Das Kriegsgericht nahm als feststehend an, daß der Gefreite in seiner Eigenliebe als Stabsoffizier der Vorgesetzte des Angeklagten gewesen ist. Nur in der ersten beleidigenden Redensart erließ das Gericht keine Befeldigung eines Vorgesetzten, in dieser Beziehung wurde auf Freisprechung erkannt. Im übrigen erklärte das Gericht den Angeklagten die Befeldigung und des tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten unter Benützung eines gefährlichen Werkzeuges und durch eine sorgfältige Handlung schuldig. M. wurde hierauf unter Zustimmung mildernder Umstände zu der erwähnten Strafe verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Zum Tode des Philosophen Zeller. Der Kaiser hat nach dem „Schwäbischen Merkur“ dem preußischen Gesandten Herrn v. Below-Ruhum mit der Vertretung bei den Trauerfeierlichkeiten für Eduard Zeller beauftragt. — Der Kaiser und der preussische Kultusminister Dr. Holle sprachen dem Hinterbliebenen Zellers telegraphisch ihr Beileben aus. Mit Eduard Zeller, dessen schätzbare, charaktervolle Denkart sich Friedrich verewigt hat, hat die Berliner Universität ihren schwerwiegendsten Mitarbeiter verloren. Zeller war Doktor aller vier Fakultäten Heidelberg hatte ihm 1868 die theologische Ehrenwürde verliehen, Erlangen (1877) und Göttingen (1884) machten ihn zum Doktor des Rechts, und die Hochschule in Marburg, dessen Ehrenbürger er war, ernannte ihn 1886 zum Doktor der Medizin. Die Universität Moskau verlieh ihm den Titel eines Ehrenmitgliedes. Auno Richter hat Eduard Zeller als das „Mutter eines deutschen Gelehrten und Denkers“ bezeichnet, „der sich den Ruhm eines unleser intellektuellen Wohltäters erworben und für immer gesichert hat.“ — Die Verbeidigung Dr. Eduard Zellers fand unter Teilnahme zahlreicher Gelehrten und einer großen Trauerversammlung statt. Als Vertreter des Kaisers war der preussische Gesandte v. Below-Ruhum erschienen. Es wurden von Vertretern mehrerer deutschen Universitäten und gelehrten Gesellschaften Nachrichten niedergelegt. Der Kaiser hatte einen prächtigen Kranz niederlegen lassen.

Berlin als internationale Theaterstadt. Was Berlin von jeher als Theaterstadt international und allen auswärtsigen Bühnen in der Provinz gegenüber galte und noch behafter Anteilnahme, so wird die nächste Zeit, wie der „B. C.“ schreibt, eine besonders bunte Vielprachtigkeit auf unseren Bühnen finden. Eine japanische Tragödin haben wir bereits, in Kürze tritt Senozone Dufe mit ihrer japanischen Gesellschaft ein. Ein hiesiges englisches Theater ist im Gange, das eine französische Gesellschaft wegen eines Engländer-Gastspiels unterbreitet, und der Berliner Theater ruffische Oper ihren Besuch angekündigt hat, so wird man zugeben, daß noch nie und nirgend eine Stadt in ihren Theatern einem so bunten Sprachentrog gegeben hat.

Ein Journalistzimmer im Theater. Eine dankenswerte Rückmeldung auf Journalisten ist in einem Wiener Theater zu vernehmen. In der Wiener Volkoper hatte dieser Tage in einer Besprechung der Generalprobe zu Siegfried Wagner „Sienzenbecker“ der Direktor Simons die anwesenden Vertreter der Presse zur Befähigung eines ihnen gemieteten Zimmers eingeladen. Dieses grenzt an das Foyer des ersten Stodes und ist elegant ausgestattet. Mehrere Schreibtische mit allem Zubehör sind in dem in Rot gehaltenen Raume vorhanden. In den Wänden hängen Kompositionen wegen eines Engländer-Gastspiels unterbreitet, und der Berliner Theater ruffische Oper ihren Besuch angekündigt hat, so wird man zugeben, daß noch nie und nirgend eine Stadt in ihren Theatern einem so bunten Sprachentrog gegeben hat.

Ein Preis für Tuberkuloseforschung. Anlässlich des internationalen Tuberkulose-Kongresses, der in Washington vom 21. September bis zum 12. Oktober d. J. tagen wird, ist von der Smithsonian Institution aus dem Hodgkins-Fonds ein Preis von 6000 Mark für die beste dem Kongress unterbreitete Abhandlung über die Beziehungen der zugehörigen Luft zur Tuberkulose ausgesetzt worden. Abgesehen von den Verhandlungen in englischer, französischer, deutscher, spanischer oder italienischer Sprache, das Preisgericht setzt sich aus einem vom Sekretär der Smithsonian Institution bestelltem Ausschuss und dem Bureau des Internationalen Tuberkulose-Kongresses zusammen.

Eine Kiste der Kleopatra. Dr. Randall Mai Jover, der Leiter der von der Universität von Pennsylvania nach dem nördlichen Ägypten gesandten archäologischen Expedition, schreibt an „The Nation“, daß er eine Kiste gefunden hat, die nach den darauf befindlichen Inschriften der Kleopatra (nicht einer Kleopatra) gehört haben muß. Die Kiste fand in einer Nische in einem der

